

## Die europäische Politik aktiv mitgestalten

### Das Centrum für Europäische Politik in Freiburg bietet fundierte Analysen zur EU-Politik

Der politische Einfluß der Europäischen Union auf ihre Mitgliedsstaaten ist enorm. So gingen zwischen 1998 und 2004 etwa 84 Prozent der für die Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften von Brüssel aus, dagegen nur 16 Prozent von Berlin. Aufgrund der komplexen EU-Bürokratie werden diese Regulierungen von den politischen Akteuren oft zu spät wahrgenommen und Gestaltungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft. Das Centrum für Europäische Politik (CEP) in Freiburg hat es sich zum Ziel gesetzt, die EU-Politik systematisch wissenschaftlich zu begleiten, um als Frühwarnsystem Entscheidungsträger und Öffentlichkeit durch fundierte Analysen bei der politischen Gestaltung zu unterstützen.

#### **Unter Ausschluß der Öffentlichkeit: Gesetzesinitiativen aus Brüssel bleiben oft unbeachtet**

Das Centrum für Europäische Politik sieht einen deutlichen Nachholbedarf im Hinblick auf die konstruktive Begleitung der von der Europäischen Union ausgehenden Gesetzesinitiativen. „Die Brüsseler Gesetzgebungsprozesse finden in der nationalen Politik und der Öffentlichkeit oft erst Beachtung, wenn sie bereits vollendet sind“, so die Einschätzung von Lüder Gerken, Direktor des Centrums für Europäische Politik.

Die Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes beispielsweise wurde bereits im November 1999 durch die Europäische Kommission vorgeschlagen und im Juli 2000 vom Ministerrat verabschiedet. Die deutschen Medien berichteten jedoch erst eineinhalb Jahre nach ihrem Inkrafttreten darüber. Bis zur ersten Stellungnahme des seinerzeit amtierenden Bundeskanzlers Gerhard Schröder, der die Richtlinie als „bürokratisches Monstrum“ bezeichnete, vergingen sogar drei Jahre.

#### **Das CEP als Kompetenzzentrum bewertet EU-Vorhaben und entwickelt alternative wirtschaftspolitische Vorgehensweisen**

Das Centrum für Europäische Politik schlägt als Kompetenzzentrum die Brücke zwischen

der Politik der EU und ihrer Wahrnehmung und Begleitung in Deutschland. Im Dialog mit Wissenschaft,

Politik, Medien und Öffentlichkeit entwickelt das CEP Strategien und Konzepte für die EU-Wirtschaftspolitik, begleitet aktuelle europäische Politikvorhaben konstruktiv und unabhängig und schafft damit Transparenz für die Auswirkungen der EU-Politik auf Deutschland.

„Die kontinuierliche Beobachtung der europäischen Politik, kompetente wissenschaftliche Analysen relevanter Politikentwürfe inklusive ihrer ökonomischen Folgenabschätzung sowie eine stetige Information der Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit bilden die Eckpfeiler unserer Arbeit“, so CEP-Direktor Lüder Gerken. Die am CEP erarbeiteten wissenschaftlichen Kurzanalysen stellen aktuelle Gesetzesvorhaben der EU vor, bewerten deren ökonomische Folgen und Verhältnismäßigkeit, geben juristische Einschätzungen und schlagen alternative Vorgehensweisen vor.

#### **Die EU betrifft alle: Unternehmen und Verbraucher vor Einschränkungen und Belastungen schützen**

Die Verordnungen zur Unternehmensstatistik oder zum Roaming illustrieren die Reichweite der EU-Politik auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Zielgruppe der Aktivitäten des CEP sind deshalb Politik, Wirtschaft und Verbände sowie die Medien und Verbraucher.

**Beispiel Unternehmensstatistik:** Der Vorschlag der EU-Kommission zur strukturellen Unternehmensstatistik sieht eine Erweiterung der bisherigen Berichtspflichten auf unternehmensbezogene Dienstleistungen sowie zur „Demographie der Unternehmen“ vor.

„Vor allem für kleinere und neu gegründete Unternehmen bedeutet dies enorme Mehrbelastungen“, fürchtet Lüder Gerken, Direktor des Centrums für Europäische Politik. „Die offene Generalklausel für Ad-hoc-

Kaiser-Joseph-Str. 266

D-79098 Freiburg i.Br.

Telefon: +49 761 38693-100

Telefax: +49 761 38693-111

## PRESSEMITTEILUNG



Centrum für  
Europäische  
Politik

Erhebungen, mit der die EU die Sammlung von Daten im Prinzip beliebig ausweiten kann, verstößt zudem gegen den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit, so daß die Verordnung insoweit sogar rechtswidrig ist.“ Da einheitliche Statistiken für die Weiterentwicklung des EU-Wirtschaftsraumes grundsätzlich sinnvoll sind, die Betriebe dadurch aber nicht mehr als unbedingt notwendig belastet werden sollten, biete es sich an, Datenmaterial nur dann direkt bei den Unternehmen erheben zu lassen, wenn es nicht aus anderen Quellen abrufbar ist, so der Vorschlag des CEP.

**Beispiel Roaming:** Die EU-Kommission stützt sich in ihrer Verordnung zum Roaming, mit der sie einheitliche Preisobergrenzen für Auslands-Mobilfunkgespräche festlegen möchte, auf die Binnenmarktkompetenz der Gemeinschaft aus Artikel 95 EGV. Die Voraussetzungen des Artikels 95 EGV liegen jedoch nicht vor: Dieser ermächtigt die EU „zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, welche die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarktes zum Gegenstand haben“. „Wenn aber in den Mitgliedstaaten keine Rechtsvorschriften bestehen, können auch keine Rechtsvorschriften angeglichen werden. Es liegt also gerade kein Fall des Art. 95 EGV vor. Die EU besitzt somit eindeutig keine Kompetenz für die vorgelegte Roaming-Verordnung“, erklärt Lüder Gerken, „Das legt die Vermutung nahe, daß die EU-Kommission ausschließlich Interessen des Verbraucherschutzes verfolgt und – mangels Legislativkompetenz – die Harmonisierung des Binnenmarktes als Begründung vorgibt.“ Aus Sicht des CEP wäre eine Verpflichtung der Netzbetreiber zur Veröffentlichung ihrer Roaming-Entgelte völlig ausreichend, um die Transparenz für die Verbraucher sicherzustellen und den Wettbewerb zu stärken.

### Ansprechpartner für die Medien

Ilka Bickmann

Tel.: +49 761 38693-221

Fax: +49 761 38693-111

bickmann@cep.eu

### Das CEP stärkt die marktwirtschaftliche Seite der EU-Politik

Die wissenschaftlichen Kurzanalysen des CEP zu den wichtigsten EU-Vorhaben werden durch Studien, Expertisen und Gutachten ergänzt. Im direkten Dialog mit Politikern, Beteiligten und Medien sowie durch Expertengespräche, Fachkonferenzen und Kooperationen mit vergleichbaren professionellen Einrichtungen in anderen EU-Mitgliedstaaten will das CEP die Entwicklung sachgerechter marktwirtschaftlicher Konzepte auf EU-Ebene fördern und eine interessenunabhängige Bewertung der wirtschaftspolitischen EU-Vorhaben vorantreiben. Dabei arbeitet das Centrum für Europäische Politik unabhängig von Partikularinteressen und ist parteipolitisch neutral.

### Hintergrund: Die Stiftung Ordnungspolitik

Das CEP ist der europapolitische Think-Tank der Stiftung Ordnungspolitik. Die Stiftung strebt die Pflege und zeitgerechte Weiterentwicklung der ordnungspolitischen Tradition der Freiburger Schule an, wie sie von Walter Eucken begründet, von Friedrich August von Hayek maßgeblich vertieft und von Ludwig Erhard politisch umgesetzt wurde. Auf der Basis der wissenschaftlichen Fortentwicklung der Ordnungsökonomik entwirft die Stiftung umsetzbare Politikoptionen und rückt die Bedeutung ordnungspolitischen Denkens in das Bewußtsein der Öffentlichkeit. Auf der Ebene der europäischen Politik nimmt das CEP diese Aufgaben.